

Aufwärts

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus“.
Herausgeber D. Jarzer.

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis: Bei der Post geholt oder durch Boten zugestellt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger einschließlich Postgebühren 2.82 Mk.

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Hg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 61.

Bielefeld-Bethel, Donnerstag, den 13. März 1919.

Jahrgang 1.

Niemand ist frei, der nicht über sich selbst Herr ist.
M. Claudius

Die Schuld am Kriegsausgang.

In einem Artikel der „Frankf. Ztg.“ hatte Major Paulus, Nürnberg, die Behauptung aufgestellt, Ludendorff habe um politischer Ziele willen eine große Streitmacht unverwendet gelassen, deren Einsetzen vielleicht den Sieg für uns entschieden hätte. Ludendorff habe daher die volle Verantwortung zu tragen für den bedingungslosen Unterwerfungsfrieden Deutschlands. Wilhelm Breucker, Berlin, schreibt dazu in der „D. T.-Ztg.“ folgendes:

Der Friede mit Rußland und Rumänien mußte nicht nur Menschen für die Westfront freimachen, er mußte uns Lebensmittel, Pferde, Rohstoffe: Gummi, Glas, Erze, vor allem rumänisches und kaukasisches Öl sichern, um den Krieg überhaupt weiterführen zu können. Dieser Gesichtspunkt, der bei den Betrachtungen über den Brester und Bukarester Frieden zu wenig beachtet wird, mußte für die Stellungnahme der deutschen Obersten Heeresleitung entscheidend sein. Gewiß bestanden im Osten Pläne für den Wiederaufbau und die Neugestaltung der mit deutschem Blut befreiten russischen Grenzlande, und diese Pläne sind darum noch lange nicht falsch gewesen, weil sie heute nicht mehr realisierbar sind; in erster Linie waren es aber Kriegsbefürfnisse, die der Friede im Osten sichern sollte. Die Diplomatie hatte sich hier in den Dienst der Kriegsführung zu stellen, sie mußte ihr mit allen Kräften helfen, ihr schicksalsschweres Werk — die militärische Niederwerfung der Entente vor Eintreffen der amerikanischen Hauptkräfte in Europa — zu vollbringen. Tatsächlich hat Ludendorff nach den Friedensschlüssen von Brest und Bukarest nicht nur alle im Westen zu verwendenden Divisionen ihrer Bestimmung zugeführt, er hat auch den Rest der Truppen, die zur Sicherstellung unserer wirtschaftlichen Bedürfnisse, nicht um politischer Ziele willen im Osten verbleiben mußten, von allen für den Westen kampfbereitbaren Mannschaften befreit. Was blieb — Landsturm und nicht kriegsverwendungsfähige Landwehr — war weder zum Angriff auf Engländer und Franzosen, noch zur Abwehr ernstlicher feindlicher Aktionen zu gebrauchen. Wenn trotzdem — vor allem in Rumänien — mehr Truppen blieben, als Ludendorff selbst lieb war, so trifft die Verantwortung dafür nicht ihn, sondern die deutsche Diplomatie, die es nicht verstanden hatte, die Stärke unserer Position zu nutzen und mit Rumänien einen Frieden zu schließen, der uns auch im Südosten den Rücken freigemacht hätte. Dabei sollen die Schwierigkeiten, die den deutschen Unterhändlern aus der Haltung Österreichs erwuchsen, nicht verkannt werden, aber die Herren von Kühlmann und Graf Czernin haben vielleicht heute aus der Praxis der Entente gelernt, wie der Sieger auch im Rahmen eines Friedens der Gerechtigkeit und der Völkerveröhnung ein Volk wehrlos und kampfunfähig machen kann!

Jedenfalls hatte Ludendorff für den Angriff im Westen alles bereitgestellt, was überhaupt verfügbar war. Trotz großer Erfolge im Frühjahr und Frühherbst ist der wichtig geführte Schlag mißlungen. Major Paulus hat durchaus recht, wenn er sagt, der Grund für das Mißlingen sei der Verlauf der Operationen vom Juli bis September, aber es ist unlogisch und irreführend, wenn er nun argumentiert: also trifft die Militärs, nicht aber die Heimat die Schuld. Für den Verlauf dieser Operationen war nicht das Mißlingen der Julioffensive, die ja sofort abgebrochen wurde, ohne daß

Kräfte dabei verloren gingen, sondern der 8. August, den Ludendorff selbst als den diesseits seiner Offensive bezeichnet, entscheidend. Sieben Divisionen ließen sich vom Feind überrennen. Die gewaltige Niederlage der 2. Armee erschütterte die ganze Westfront. Der von so tragischem Geschick betroffene Feldherr hat sich wohl am eingehendsten mit den Ursachen dieser Niederlage befaßt und sein Urteil hat Anspruch auf Gehör: Ludendorff hat mir gegenüber wiederholt betont, daß nicht der Feind, nicht die gegnerische Überlegenheit an Kampfmitteln die Ereignisse des 8. August erklären könne; unter gleich ungünstigen Verhältnissen sind zu anderer Zeit feindliche Angriffe abgewiesen worden. Nein: der Geist der Truppe hatte versagt! Wer aber sächlich den Gründen dieses Versagens nachgeht, stößt — er mag es wollen oder nicht — auf die Schuld der Heimat!

Zwei Umstände sind es vor allem gewesen, die das Gift der Kampfmüdigkeit in die Heimat und durch sie in das Heer trugen. Einmal die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse in Deutschland: Die immer höheren Löhne, von jungen Burken ohne Gefahr des Lebens verdient, steigerten die Unlust, für sehr viel weniger Geld täglich sein Leben in die Schanze zu schlagen. Gute Elemente, die tapfer gekämpft hatten, oft verwundet waren, wurden verbittert und angeekelt. Vergebens hatte Ludendorff, der diese Gefahren schon früh erkannt hatte, bei der Reichsregierung einen Ausgleich solcher Mißverhältnisse erbeten: wenn die zur Abwälzung aller Schuld auf die Militärs stets bereiten Reichsämter ihre Älten einmal veröffentlichten würden, dann würden die deutschen Soldaten und alle die deutschen Arbeiter, die vor dem Feinde gestanden haben, staunend erkennen, mit welcher ernstem Bemühen und mit welcher warmem Herzen der Mann immer wieder für sie, für ihre Rechte und für ihre wirtschaftliche Sicherstellung eingetreten ist, den eine schamlos verlogene Hege ihnen heute noch als ihren größten Feind erscheinen läßt. Und gleichzeitig würden sie sehen, an welcher armselig kleinlichen Widerständen diese Bemühungen des Generals Ludendorff für seine Soldaten gescheitert sind.

Der zweite wesentliche Grund für das Umsichgreifen der Kampfmüdigkeit war unser ewiges Friedensgerede, das je länger je mehr in weiten Kreisen des Volkes den Glauben erweckte, ein leidlicher Friede sei jeden Tag zu haben und scheitere nur an dem „Annektionswillen“ der Militärs. Daß die Entente auf unser Friedensangebot, auf die Friedensresolutionen des Reichstags, auf die Papstnote und auf die Einladung zu den Brester Verhandlungen nur ablehnend geantwortet hatte, daß ihre Staatsmänner immer wieder den Sieg predigten, wurde vergessen. General Ludendorff war niemals gegen einen Frieden der Verständigung, es ist ihm aber — das muß immer wieder betont werden — niemals die Möglichkeit, zu einem solchen Frieden zu kommen, gezeigt worden. Tatsächlich bestand die Möglichkeit auch gar nicht. Graf Czernin gibt selbst zu, daß er höchstens einen Sonderfrieden für Österreich-Ungarn hätte erreichen können, daß die Entente aber im übrigen immer wieder erklärte, „sie wolle“ — das sind Czernins eigene Worte — „Deutschland vernichten!“ Bei uns aber ließ man ruhig zu, daß immer mehr der Glaube Wurzeln schlug, der Friede der Verständigung und des Rechts sei jederzeit zu haben. Das mußte den Kampfwillen brechen. Diese Schuld aber trifft die Heimat! Und sie ist damit noch lange nicht widerlegt, daß sie von einer Presse, die die Hauptträgerin dieses Friedensgeredes war, geleugnet wird.

Wenn nun der Major Paulus zum Schluß sagt, Ludendorff trage für den bedingungslosen Unterwerfungsfrieden

die volle Verantwortung, so wird auch diese Behauptung durch die Tatsachen widerlegt. Unmittelbar nach der Niederlage vom 8. August hat Ludendorff dem Reichsfanzler Graf Hertling erklärt, der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen; man kam überein, daß Friedensverhandlungen eingeleitet werden mußten. (Daran ändert auch das Dementi des Rittmeisters Grafen Hertling nichts: nicht in der ersten Augustdekade, sondern in der zweiten — am 14. oder 15. — fand diese Besprechung statt.) Anfang und Mitte September wird gemahnt. Ende September wieder — die Lage war inzwischen durch Bulgariens Abfall noch ernster geworden. Man einigte sich, auf Grund der Wilsonpunkte sofort in Friedens- und Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Aber ganz klar und scharf betont Ludendorff: „Die Wilsonpunkte können nur die Grundlage zu Besprechungen bieten; kommen Bedingungen heraus, die an unsere Ehre, an unser Leben gehen, muß weitergekämpft werden.“ Ist das bedingungslose Kapitulation?

Konnten wir weiterkämpfen? Wenn es sein mußte — ja! Das deutsche Heer war weder geschlagen, noch im Rückzug auf die Linie Antwerpen-Mex. Die Armeen standen vielmehr Ende September in Erwartung neuer Angriffe noch 100 Kilometer westlich dieser Linie. Die operativen Ausführungen des Majors Paulus basieren daher auf ganz unrichtigen Voraussetzungen. Unbestreitbar ist auch, daß die gegnerische Führung und Kampfkraft immer mehr nachließ. Marshall Haig selbst sagt in der „Times“, daß wir seiner Ansicht nach den Krieg bis zum Frühjahr hätten hingehen können.

Noch stehen also die deutschen Heere in kraftvollem Kampf, als aus der Erkenntnis, der Krieg sei nicht mehr zu gewinnen, das Friedensangebot geboren wird. Ludendorff wird von der Reichsleitung ein Termin für die Absendung genannt. Dieser Termin wird nicht innegehalten, weil sich die Kabinettsbildung verzögert. Nun drängt Ludendorff. Gründe: Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern; je schlechter aber die operative Lage, um so schwieriger die Verhandlungslage der Diplomaten. Das ist einleuchtend. Und weiter: An der Front fließt Blut! Das wiegt unendlich schwerer als alle Bedenken, die die Kabinettsbildung hinführen. Deutsche Frauen und Eltern sollten dem General dies Drängen danken. (Nie hat Ludendorff erklärt, die Front könne nur noch 24 Stunden halten; auch die dem Major Frhr. v. d. Busche in den Mund gelegte Äußerung, es sei zweifelhaft, ob die Front noch Tage oder Stunden hielte, ist nie gefallen.) Die Note geht — trotzdem verspätet — heraus. Als sich zeigt, daß die Entente vor jedem Friedensgespräch Entwaflnung fordert, erklärt Ludendorff: „Nein! Dann müssen wir eben weiterkämpfen. Wie ich's am 29. September gesagt habe.“ — Wie es auch Prinz Max am 5. Oktober im Reichstage feierlich erklärt hatte! Ist das Kapitulation um jeden Preis?

Die Darstellung, die der Prinz Max von Baden von diesen Vorgängen gibt, dient dem Zweck, sich reinzuwaschen, ist aber in wesentlichen Punkten falsch und irreführend. Die Absicht des Prinzen Max, vor der Absendung der Note erst ein detailliertes Kriegszielprogramm aufzustellen und im Reichstage zu verkünden, wurde von seinen eigenen Ministern und Staatssekretären einstimmig verworfen! Und wenn er sagt, die militärischen Autoritäten hätten ihm nach einer Woche erklärt, daß sie sich in der Einschätzung der Lage an der Front vor dem 1. Oktober getäuscht hätten, so ist das eine glatte Unwahrheit!

Wahr ist vielmehr und unwiderlegbar, daß der Reichskanzler Prinz Max von Baden nicht im Einverständnis, sondern gegen den ausdrücklichen Einspruch der militärischen Autoritäten, nämlich des Generals Ludendorff und des Admirals Scheer, den Weg der Kapitulation, der bedingungslosen Unterwerfung gegangen ist. Wer trägt dafür die Verantwortung?

Will Gott ein Neues bauen?

(Von einem Laien.)

Zeugt es nicht von rechtem Kleinglauben, wenn man angesichts der bevorstehenden Trennung von Staat und Kirche besorgt um das Schicksal der Kirche in die Zukunft blickt, fürchtend die Mächte von unten möchten ihr zerstörendes Werk treiben und den allgemeinen Zusammenbruch herbeiführen? Verrät es nicht ein hohes Maß geistlicher Kurzsichtigkeit, wenn man in dieser Trennung lediglich einen revolutionären Akt erblickt, durch den nicht nur die geschichtlich gewordene Form der Kirche bedroht, sondern ihre ganze vom Herrn der Kirche verordnete Mission in Frage gestellt wird? Ist es so schwer, sich zu dem Glauben aufzuschwingen, daß auch dieser Bewegung Maß und Ziel gesetzt sind und sie letztlich den ewigen Zwecken Gottes dienen muß?

Wir sind der festen Zuversicht, daß auch in diesem außerordentlichen Geschehnisse unserer Tage nicht Zerstörung, sondern Aufbau Gottes Absicht ist, daß er, freilich durch manche Erschütterung und wohl auch Demütigung hindurch, seine Kirche zu neuem Leben und Gedeihen führen und ihr eine Gestalt geben will, die ihrem Wesen mehr entspricht als die gegenwärtige. Von diesem Standpunkt aus ist es zu beklagen, daß die offiziellen Vertreter der Kirche und weite interessierte Kreise in Protesten und den ängstlichen Bemühungen sich erschöpfen, zu retten, was noch zu retten ist an dem gegenwärtigen kirchlichen Bestand. Wir glauben, die Kirche sollte vielmehr vor allem Einkehr bei sich selbst halten, indem sie ihre bisherige Weise in Predigt, Unterricht und Seelsorge einer Revision unterzieht und ändert, was zu ändern ist, und sich dabei stets bereit hält, etwaigen Winken und Weisungen des Herrn zu gehorchen.

Es kann ja niemand sagen, wie sich die nächste kirchliche Zukunft gestalten wird; allem Anscheine nach aber hat sich die Kirche darauf einzurichten, weiterhin auf erhebliche „kleinere Fuß“ zu leben und mit wesentlich geringerem Aufwand (an Mitteln und Kräften) ihr Werk zu treiben. Hat dies aber der Herr der Kirche beschlossen, so hilft kein Sperren und kein Sträuben, — doch ist dann andererseits auch keine Verzweiflung, kein Kleinmut am Platze. Sollte nicht eine „reduzierte“ Kirche dieselbe Wirksamkeit, ja wir sagen es frei heraus, eine segensreichere Wirksamkeit entfalten können, als es der jetzt vielfach so gebundenen, in das Wesen dieser Welt nur zu tief verflochtenen Kirche möglich ist?

Möglicherweise handelt es sich aber bei der einsetzenden Bewegung gar nicht in erster Linie um Scheidung der Kirche vom weltlich orientierten Staat; möglicherweise ist jene Trennung nur die Einleitung zu einer alsbald sich anschließenden inneren Scheidung von aller der ursprünglichen Kirche fremden Beimischung, von allem, was im Laufe der Zeit an menschlicher Weisheit, gesellschaftlichem Wesen und natürlichem Denken die kirchliche Lehre, Wortverkündigung und Arbeitsweise zu ihrem Schaden beeinflusst hat. Vielleicht hat nach Gottes Willen die Stunde geschlagen, da eine lebendige Kirche in ursprünglicher Kraft und Segensfülle aus den verschiedenen kirchlichen Gemeinschaften erwachsen soll.

Angeichts dieser Möglichkeit kann man nur dringend wünschen, die verantwortlichen Leiter und Vertreter der einzelnen Kirchen und Gemeinschaften möchten erkennen, was in dieser gewaltigsten Zeit unserer Kirche zum Heile dient, und möchten vor falschen, verhängnisvollen Entscheidungen bewahrt bleiben. Es gilt da vor allem die Blicke zurückzulenken auf die Quelle unseres Christenglaubens und sich zu orientieren am Wesen der christlichen Kirche, wie es uns in der Apostelgeschichte und in den neutestamentlichen Briefen entgegentritt, damit das Auge hell und der Blick geschärft wird für eine ihrem innersten Wesen gemäße etwaige Ausgestaltung. Nach unserem Bedürfnisse müssen sich jeder derartigen rückblickenden Betrachtung, ohne Voreingenommenheit unternommen, mehr oder weniger folgende Wahrheiten aufdrängen, die uns zugleich Richtpunkte in dieser tiefstehenden Zeit sein können:

1. Die Kirche ist kein der natürlichen Entwicklung angehöriges Gebilde, sondern ist ewiger, himmlischer Herkunft. Durch ein Wunder hereingeboren in diese vergängliche, dem Verderben anheimgefallene Welt, kann sie auch nur auf wunderbare Weise erhalten werden.

Ruhig und glaubensvoll lasse daher die Kirche eine irdische Stütze um die andere dahinsinken und verzichte kühn auf jeden äußeren Zwang. („So du glauben würdest, solltest du die Herrlichkeit Gottes sehen.“)

2. Die Kirche hat es nicht mit der Pflege des natürlich-idealen Sinnes im Menschen zu tun, auch obliegt ihr nicht die Aufrechterhaltung der natürlichen Sittlichkeit, weder im privaten, noch im öffentlichen Leben (dies ist Sache von Vereinen, Gesellschaften und schließlich des Staates oder einer erst noch zu bildenden öffentlichen Körperschaft); ihre Mission ist vielmehr die Rettung der Seelen aus dem drohenden Verderben und demzufolge die Verkündigung des in Christo für uns beschlossenen Heils, wodurch die Bahn frei gemacht wird für ewiges, vom Geiste Gottes gewirktes Leben.

So lasse sich denn die Kirche willig frei machen von ihrer Verbindung mit einer Diesseits-Kultur, die sie zu schädlichen, ihre Lehre verdunkelnden und ihre Wirksamkeit hemmenden Kompromissen zwingt. (Manch ein Hörer hat sich wohl in diesen Kriegsjahren gesagt, daß das Vaterland und sein Heil viel zu sehr im Vordergrund der kirchlichen Predigt stand. Und hat nicht die durch den Krieg bewirkte Aufhebung der Hohlheit unserer angeblich so hochstehenden Kultur viel zu einer dem guten Ruf der Kirche abträglichen Beurteilung beigetragen?)

Ebenso verzichte sie gern auf jede direkte Beeinflussung des öffentlichen Lebens und begnüge sich durchaus mit indirekter Wirkung. (Sind die Staatsmänner, Volksvertreter, Lehrer Christen, so wird sich dies auch in ihrem Arbeitsbereich geltend machen.)

3. Gerettet werden die Seelen durch ein „Gläubig“ werden, d. i. ein Geistlichgesinntsein, wodurch sie dem natürlichen Bannkreis entnommen und der Einwirkung der göttlichen Gnade geöffnet werden. Diese innere Umwandlung geschieht aber nicht durch menschliche Einwirkung, sondern ist ein Werk der Gnade Gottes.

Die Aufgabe der Prediger, Seelsorger und Missionare besteht daher nicht in möglichst nachhaltiger, intensiver Bearbeitung der Seelen, sondern in Darbietung des befreienden Wortes an die durch göttliche Führung und Erziehung Zubereiteten, Empfänglichen gemacht.

Auch handelt es sich im Grunde nicht um Vermittlung einer bestimmten Glaubensüberzeugung, sondern um ein innerliches Erfährtwerden von der in Christo uns gewordenen Offenbarung und eine daraus erwachsende nimmerwankende Zuversicht auf das ewige Erbarmen unseres Gottes. („Ist Gott für uns, wer und was mag wider uns sein?“).

4. Da der Glaube ein Aufgeben des natürlichen Sinnes und damit ein Leben im Widerspruch mit dem Lauf der Welt, im Gegensatz zum natürlichen Urteil, einen Verzicht gewissermaßen auf den festen Boden unter den Füßen fordert, ja ein In-den-Tod-Gehen des natürlichen Selbstes zumutet, so werden immer nur wenige dem an sie ergehenden Rufe folgen.

Die Kirche erschreke darum nicht, wenn früher oder später — veranlaßt wie auch immer — eine große Austrittsbewegung einsetzt, ein Massenabfall erfolgen sollte; es wäre dies nur ein notwendiger Reinigungs- und Gesundungsprozeß. Ja, sie verzichte von vornherein auf Christianisierung der Massen, überhaupt auf mit Hochdruck betriebene Erweiterung ihres Einflusses. Wo Frucht zu erwarten ist, wirkliche Frucht, wird der Herr offene Türen geben oder verborgene Kanäle zu schaffen wissen.

5. Noch stets hat wahrer Christenglaube den Widerspruch und die Feindschaft der Welt erweckt, ja die Christen wurden wohl gar für staatsgefährliche Leute erklärt, obgleich sie die zuverlässigsten Bürger und die eigentlichen Segensträger in dieser armen Welt sind.

Es lasse sich's daher niemand ansehn, wenn vielleicht eine nahe Zukunft verschärften Widerspruch, ja sogar Bedrückung und Verfolgung bringen sollte. Vielmehr hätten wir hierin ein tröstliches Zeichen zu erblicken, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden. Feindschaft der Welt oder Ruhe vor ihr waren noch immer ein böses Zeichen.

6. Der Herr duldet kein Regieren, auch kein Mitregieren; er verlangt nur Mitarbeit. Die Regierung aber hat sich selbst und allein vorbehalten. Was der Kirche zu wissen nützt zu rechter Entscheidung, wird er ihr durch den Gang der Geschichte, bzw. durch geist-erweckte Männer jeweils rechtzeitig kund tun. (S. erste Apostelversammlung).

Darum weder Vielgeschäftigkeit in Konferenzen, Vereinen, Versammlungen, noch weltförmiges Organisieren, sondern nur treue Pflichterfüllung im engen Kreise des übertragenden Dienstes und seinen Wegen und Gedanken gegenüber ernstes Aufmerken und williges Gehorchen.

Wird die Kirche an Richtpunkten dieser Art sich orientierend, den Gang der Dinge abwarten und von ihnen geleitet, ihre Entscheidungen treffen, so wird sie nicht nach ihrem Willen und nach menschlicher Kurzsichtigkeit, sondern der göttlichen Absicht entsprechend ihre Gestalt und Verfassung erhalten, und sie kann dann in stiller Zuversicht und mit gutem Gewissen allem Kommen entgegensehen.

Läßt sie sich aber eigenwillig nur von der Rücksicht auf ihren derzeitigen Bestand und ihre leibhaftig gefühlten vermeintlichen Interessen leiten, so wird der Herr der Kirche über sie zur Tagesordnung übergeben und wird sich eine Gemeinde zu sammeln wissen, die seiner, des Lebendigen, Leitung gehorcht und offen ist für seine Gnadenerweisungen, Frucht bringend in Geduld.

Die Spartakisten in Berlin.

57 Polizeibeamte erschossen.

Ueber brutale Morde, die die Spartakisten in ihrem wahnwütigen Kampf gegen die ordnungsliebende Bevölkerung verübt haben, liegen folgende Berichte vor:

Das Hauptquartier der Spartakisten befindet sich in Lichtenberg, von wo aus den dort von den Aufständischen aufgestellten Waffen- und Munitionsdepots, die einzelnen über ganz Berlin zerstreuten Kampftruppen der Spartakisten versorgt werden. Am Sonntagabend begannen nun die Kommunisten mit Einbruch der Dunkelheit in Lichtenberg den sorgfältig vorbereiteten Sturm

auf das Polizeipräsidium, das Postamt, das Fernsprekamt und das Depot der Republikanischen Soldatenwehr. Die Angehörigen dieser Truppe erklärten sich jedoch neutral und ließen sich von den Kommunisten willig entwaffnen, die vor allem die Munitionsvorräte mitnahmen. Viel schlimmer gestaltete sich die Besetzung der Postämter und des Polizeipräsidiums.

Das Präsidium in der Albrechtsstraße hatte einen Schutz von Regierungstruppen erhalten. Die Bedeutung erwies sich jedoch gegenüber dem Massensturm als zu schwach. Nach heftigem zweistündigem Kampf, bei dem auf beiden Seiten viel Blut floß, drangen die Spartakisten von zwei Seiten in das Gebäude ein. Die Beamten hatten sich so lange als möglich mit der Waffe verteidigt und wurden dann gefangen genommen. Zur Strafe für ihre regierungstreue Haltung stellten die Kommunisten sofort fünf Beamte an die Wand

und erschossen sie. Die Beamten des Präsidiums, die am Leben blieben, wurden als Gefangene fortgeführt. Die Spartakisten rühmten sich, daß ihre Gefangenen „die Rote-Hunde“ aus dem Polizeipräsidium seien und erzählten, daß die Verhafteten vorläufig in dem Omnibus-Depot in der Dolziger Straße untergebracht würden. Wie Augenzeugen beobachteten, blutete einer der Verhafteten aus einer schweren Kopfwunde, so daß er sich kaum weiter zu schleppen vermochte.

Das Lichtenberger Polizeipräsidium wurde vollständig demoliert. Die Akten wurden auf die Straße geschleppt und dort verbrannt. Mehrfach haben die Spartakisten in dem Postamt gehaust. Hier vergriff man sich jedoch nicht an den Beamten, sondern jagte sie lediglich auf die Straße hinaus. Auch hier ist alles kurz und klein geschlagen, die Postkasse, in der sich im Durchschnitt 60 000 bis 80 000 Mark befanden, ist geraubt worden. Um die Verbindung mit Berlin unmöglich zu machen, wurden die Telegraphenleitungen durchschnitten und das Fernsprekamt Lichtenberg von den Kommunisten besetzt.

Der Stützpunkt der Spartakisten war das Omnibusdepot in der Dolziger Straße, das seit fünf Tagen in ihrem Besitz ist. Hier lagerten Waffen und Munition und Lebensmittel. Von hier aus wurden die einzelnen Banden abgesandt und hier kamen auch die Führer zusammen. Ein regelrechter Meldebetrieb von Radfahrern besteht zwischen dem Depot und offenbar den einzelnen Banden. „Am Sonntagabend“ so erzählt ein Augenzeuge, „die Beamten des Lichtenberger Polizeipräsidiums bei mir vorbeigeführt. Ich erkannte unter ihnen den Kriminalbeamten Heinrich Schönsfeld, der mir zurief:

„Wir sollen jetzt erschossen werden.“

Einige Minuten später wurde noch ein zweiter Trupp von 10 Personen vorbeigeführt. Eine halbe Stunde später hörte man Salven im Omnibusdepot. Offenbar sind die Aermsten dort alle erschossen worden. Gleich mir können die Anwohner hier bezeugen, daß am Sonntagabend nachmittag die Spartakisten mehr als 10 Gefangene, darunter eine Frau, auf offener Straße erschossen haben. Die Wut und die Erbitterung, die hier gegen das Gesindel herrscht, spottet jeder Beschreibung. Wir erwarten die Ankunft der Regierungstruppen, die uns endlich erlösen sollen. In der letzten Nacht haben die Spartakisten sich nicht mehr so sicher gefühlt. Sie haben von sämtlichen Besitzern hier Pferde und Wagen gestohlen und haben fortwährend Maschinengewehre, Handfeuerwaffen und Munition nach Lichtenberg hineingeschafft. Offenbar wollen sie das Omnibusdepot räumen.

Diese Mitteilung wird leider durch die offiziellen Berichte bestätigt.

Regierungsrat Doye, der Dezernent für das Polizeiwesen im Ministerium des Innern, teilte mit, daß nach einer ihm zugegangenen offiziellen Mitteilung die Spartakisten das Lichtenberger Polizeipräsidium nach mehrtägiger Belagerung gestürmt haben. Die überlebende Besatzung, bestehend aus

57 Exekutivbeamten der Polizei, darunter auch einige Polizeioffiziere, wurden von den Spartakisten nach dem Omnibusdepot in der Warschauer Straße gebracht und dort erschossen. Nähere Einzelheiten über den furchterlichen Massenmord sind bisher nicht eingegangen.

Die Truppen haben bereits Befehl erhalten, gegen die Mörder mit aller Energie vorzugehen. Die notwendigen Maßnahmen sind bereits im Gange.

Der Vormarsch auf Lichtenberg.

Der Vormarsch der Regierungstruppen auf Lichtenberg begann am Sonntag gegen 4 Uhr nachmittag. Nach sehr starker Artillerievorbereitung rückten die Truppen vor und gelangten bis in die Höhe der Warschauer Straße. Hier wurde Artillerie aufgestellt, um die noch immer stark verteidigten Barrikaden am Verbinder zu zerstören. Die Beschießung dauerte bis gegen halb 7 Uhr. Sehr wirksam wurde das Geschützfeuer wiederum von Fliegern unterstützt, die jede Ansammlung feststellten und die Granaten dort hin dirigierten. Ein starker Trupp von Spartakisten in der Moellendorffstraße und auf dem Güterbahnhof wurde durch Fliegerbomben auseinandergepresst. Der Lichtenberger Güterbahnhof ist von Plünderern im Laufe des Sonntags völlig ausgeraubt worden. Dies ist um so bedauerlicher, als sich dort größere Vorräte an Lebensmitteln befinden sollen. Nach einer Meldung sind die Schuppen des Güterbahnhofes von den Plünderern in Brand gesteckt worden.

In der Nähe des „Verbinders“ haben die Spartakisten drei Mann der Regierungstruppen, die in ihre Hände gefallen waren, an die Wand gestellt und erschossen. Ein anderer Soldat wurde durch Beilschläge getötet.

Die Stimmung unter den Regierungstruppen ist infolgedessen eine so erbitterte, daß die Aufständigen bei der einsetzenden Aktion auf keine Gnade zu rechnen haben.

Die Spartakisten haben aus Lichtenberg zwei Feldgeschütze sowie ein Flieger-Abwehrgeschütz requiriert und beschossen damit am Sonntag die Stellungen der Angreifer in der Frankfurter Allee. Die militärische Leitung ließ im Laufe des Sonntags Aufklärungsflieger das Gelände rekonoszieren. Dabei wurden die Flieger durch die Artillerie der Spartakisten lebhaft beschossen. Sie antworteten ihrerseits mit Fliegerbomben, welche gegen 10 Uhr

die Artillerie der Kommunisten zum Schweigen brachten.

Bis gegen 12 Uhr mittags verhielten sich die Gegner im allgemeinen abwartend. Erst dann setzte heftiges Feuer gegen die Barrikaden am „Verbinder“ ein. Von der Lebuser Straße her schossen die

Regierungstruppen einer Straßensperre schuldige Diebstahl verübt haben den Sprengstoff in die Luft sprengend benutzten

Info gegen die bergehen, ten, Rosi sehen: gegen ist auf

In Sonntag truppen schäft wurden

Auch Personen worden, fiktischen wurden 7 sich eine Ange und der Krieg, der zwischen gierungstr falls eine So e phenan in dstraße der Dache geführt falls auf Gruppen ner, die Maschinen sonen wurde vorgefunt

Bon dungen wurde an in der überfallen Unmenschen nach der fen den Wasser zu retten erreichen, (M) und den In dem rissen die entlegten

Am ter Allee Patrouille von fünfzehn von sich g beruchte legen. E den K o p taktiken in and raube ringsten Die wurden Frauen, dem wurde schauer Sch ren Schuß wache in dete Perik am Freitag 75 geliefert.

in der D aus den diesen Tot noch nicht sind durch den. Die gen geblie nicht fort daß die P vollständig In d der betro Lebensmit tereien, G ren entwö Hansfrau auf die halten kon ten auf

nur ein ein, wenn den nicht Lebensmit

apfe hatte einen
Die Bedeutung
Kampf, bei dem
gen die Sparta
ein. Die Be
mit der Waffe
genommen. Zur
ung
Beamt an die
Präsidentium, die
ne fortgeführt,
daß ihre Gefan
Polizeipräsident
teten vorläufig
r Straße unter
beobachteten,
schweren Kopf
schleppen ver
sidium
ten wurden auf
annt. Ähnlich
nt gehaust. Hier
eamten, sondern
us. Auch hier
ien Postkassette, in
000 Mark be
Verbindung mit
ie Telephon-
sprechamt Dia
r das Omnibus
eit fünf Tagen
en und Munt
us wurden die
amen auch die
Medien dienst von
tag wurden", so
des Lichtes
beigeführt. Sch
amten Heinrich
rden."
weiter Trupp
e halbe Stunde
depot. Offen
hossen worden.
bezeugen, daß
stiften mehr als
offener Straße
erbrückerung, die
jeder Weidre
Regierungstrup
In der letzten
mehr so sicher
ern hier Pferde
ährend Maschi
ition nach Rich
en sie das Om
die offiziellen
nt für das Po
teilte mit, daß
Mittelung die
präsident nach
en. Die über
fizei,
unden von den
der Warschauer
Ählerer Einzel
ord sind bisher
erhalten, gegen
hen. Die not
ange.
verg.
ppen auf Rich
hr nachmittag.
ig rückten die
die Höhe der
erte aufgebaut,
en Barrikaden
egung dauerte
m wurde das
unterstützt, die
Granaten dort
in Spartakisten
in Güterbahn
andergeprengt.
von Plünde
sgeraubt wor
als sich dort
tteln
und die Schup
plünderern in
ben die Spar
ppen, die in
Wand gestellt
wurde
ngstruppen ist
e Aufrüstigen
ie Gnade zu
tenburg zwei
geschütz regu
tag die Stel
er Allee. Die
s Vormittags
wölgeren. Da
rie der Spar
orteten ihrer
0 Uhr
Schweigen
steten sich die
st dann feste
am „Verbin
er schossen die

Regierungstruppen mit schwerer Artillerie, die nach einer Stunde die gewünschte Wirkung hatte. Leider wurden bei dieser notwendigen Maßnahme auch Unschuldige getroffen.
Die zu beiden Seiten der Frankfurter Allee gelegenen Wohnungen haben Schußwirkungen erlitten. Dabei sind mehrere Personen getötet oder schwer verletzt worden. Die Einwohner sind, um sich vor den Sprengkräften der Granaten zu sichern, meist in die Keller geflüchtet, aus dem sie sich nur während der Kampfpausen hervorwagen. Diese Gelegenheit benutzte das Gefindel, um die leer stehenden Wohnungen zu plündern.

Standrecht in Berlin.

Infolge der Bestialität, mit der die Spartakisten gegen die in ihre Hände gefallenen Regierungstruppen vorgehen, hat sich der Oberbefehlshaber in den Marken, Roste, zu folgender Ankündigung veranlaßt gesehen:

„Wer von jetzt ab mit der Waffe in der Hand gegen Regierungstruppen kämpfend angetroffen wird, ist auf der Stelle zu erschießen.“

Die ersten Erschießungen.

In der Großen Frankfurter Straße wurden am Sonntag vormittag drei Plünderer von Regierungstruppen abgefaßt, als die Räuber ein Konfektionsgeschäft ausrauben wollten. Gemäß der Verordnung wurden die Plünderer sofort standrechtlich erschossen.

Auch sonst sind wieder eine große Anzahl von Personen dem Berliner Polizeipräsidentium zugeführt worden, die entweder beim Plündern oder bei partakistischen Umtrieben verhaftet worden sind. Im ganzen wurden 79 Personen eingeliefert. Unter diesen befand sich eine ganze Reihe

Angehöriger der ehemaligen Sicherheitswehr und der Republikanischen Soldatenwehr. In dem Kleinkrieg, der sich in den verschiedensten Stadtteilen zwischen den verstreuten Spartakisten und den Regierungstruppen auch gestern abspielte, wurde ebenfalls eine ganze Anzahl Personen festgenommen.

So erhielten die Posten vor dem Haupttelegraphenamt in der Oranienburger Straße von der Krausenstraße her plötzlich Gewehrfeuer. Bei Absuchung der Dächer wurden mehrere Leute gefunden und abgefaßt. In der Kleinen Andreasstraße 28, wo ebenfalls auf Soldaten geschossen worden war, fanden die Truppen bei einer Durchsuchung des Hauses zwei Männer, die nicht in das Haus gehörten und ein leichtes Maschinengewehr mit sich führten. Weitere 29 Personen wurden verhaftet, weil man Waffen bei ihnen vorgefunden hatte.

Weitere Greuelthaten.

Von den verschiedensten Seiten liegen noch Meldungen über Greuelthaten der Spartakisten vor. So wurde am Sonnabend ein Feldwebel von Soldaten in der Uniform der Republikanischen Soldatenwehr überfallen und entführt. Dann mißhandelten die Unmenschen den vollständig Wehrlosen, schleppten ihn nach der Brücke über den Landwehrkanal und warfen den blutenden Mann dort von der Brücke ins Wasser. Als er versuchte, sich mit den letzten Kräften zu retten und den dortigen Treppenaufgang zu erreichen,

schlugen die Mörder mit Knäulen auf die Hände und den Kopf des Feldwebels, bis er unterging.

In der Brangelstraße überfielen Zivilisten ein mit dem roten Kreuz ausgestattetes Krankenautomobil, rissen die verwundeten Soldaten vor den Augen des entsetzten Publikums heraus und

töteten sämtliche Verwundete.

Am Sonntag vormittag wurden in der Frankfurter Allee zwei Mann der Regierungstruppen, die auf Patrouille bis zum Ringbahnhof vorgedrungen waren, von fünfzehn Bewaffneten festgenommen und mit Knäulen solange bearbeitet, bis sie kein Lebenszeichen mehr von sich gaben. Ein im Nebenhaus wohnender Mann versuchte für die Unglücklichen ein gutes Wort einzulegen. Er wurde durch einen Revolverchuß in den Kopf getötet. Nacht für Nacht dringen Spartakisten in die Wohnungen und Läden ein, plündern und rauben, wie es ihnen gefällt. Wer nur den geringsten Widerstand leistet, muß für sein Leben fürchten.

Die Leiden der Bevölkerung.

Auf den Berliner Unfallsationen

wurden am Sonntag 68 schwerverletzte Männer, 12 Frauen, 7 Kinder und 6 Tote eingeliefert. Außerdem wurden am Sonntag in der Rettungswache Warschauer Straße 45 Männer, 1 Frau, 1 Kind mit schweren Schußverletzungen eingeliefert. In der Rettungswache in der Kopenstraße wurden 18 schwerverwundete Personen und mehrere Tote eingeliefert. Auch im Krankenhaus Friedrichshain wurden am Sonntag 75 verwundete Männer und 10 Frauen eingeliefert.

Im Leichenhaus

in der Hanovertorstraße sind bis jetzt 156 Tote aus den Straßenkämpfen eingeliefert worden. Von diesen Toten konnten bei 38 die genauen Personalien noch nicht festgestellt werden.

Die Lebensmittelzufuhren nach Berlin

sind durch die Unruhen erheblich unterbunden worden. Die Transporte sind entweder unterwegs liegen geblieben oder von den Abgangsorten überhaupt nicht fortgeschickt worden. Die erste Folge davon war, daß die Fleischzufuhren nach Groß-Berlin so gut wie vollständig ausgeblieben sind.

In den letzten Tagen war es den Bewohnern der betroffenen Gegenden vollständig unmöglich, sich Lebensmittel zu verschaffen. Die Bäckereien, Schlachtereien, Geflügel- und Landesproduktengeschäfte waren entweder geplündert oder geschlossen, so daß die Hausfrauen, die sich in den kurzen Feuerpausen auf die Straße wagten, gar keine Lebensmittel erhalten konnten. Die Vorposten der Spartakisten hatten auf die Beschwerden der geplagten Mütter,

deren Kinder Hunger litten,

nur ein Hohnlachen oder schritten mit der Waffe ein, wenn die Männer und Frauen versuchten, nach den nicht besetzten Stadtteilen zu gelangen, um Lebensmittel zu holen. An der Hauptkassette, an

der Großen Frankfurter Straße, dem Straußberger Platz usw. mußten die Hausbewohner sich fast dauernd im Keller aufhalten, da die Mienen und Granaten, die nicht nur vom Alexanderplatz, sondern auch vom Osten kamen, schwere Demolierungen an den Häusern verursachten und viele unschuldige Personen verletzten.

Millionenschiebungen eines Fliegerleutnants.

Ein Aussehen erregender Prozeß wird in kurzer Zeit das Berliner Kriegsgericht beschäftigen. Unter der Anklage, im November vorigen Jahres den gesamten Flugzeugpark Wilna, der einen Wert von annähernd 10 Millionen Mark hatte, für 2 Millionen Mark an die Bolschewisten verkauft zu haben, steht der Fliegerleutnant Porten, der vor einigen Tagen in das Untersuchungsgefängnis in Berlin eingeliefert worden ist.

Fliegerleutnant Porten war während des Krieges der Fliegerschule in Wilna zugeteilt worden. Als die Revolution ausbrach und vielfach eine Verbrüderung der deutschen Soldaten mit den Bolschewisten erfolgte, setzte sich Porten mit dem russischen Bolschewistenrat in Wilna in Verbindung und bot diesem

das ganze deutsche Fliegerlager

zum Verkauf an. Die Fliegerschule, die in der Nähe von Wilna lag, besaß etwa 30 Schul- und Jagdflugzeuge, hatte ein außerordentlich reiches Lager von Flugzeugersatzteilen, Bepannstoffen, Motoren, Motorersatzteilen, zwei ausgebeutete Werkstätten und einen Kraftwagenpark. Dieses ganze Lager, das auf zehn Millionen Mark geschätzt wird, verkaufte Porten tatsächlich für zwei Millionen Mark. Zur Bedingung machte er, daß ihm die Summe in deutschen Banknoten ausgezahlt wurde. In seinem Kraftwagen begab sich Porten dann nach Kowno, wo er sich vierzehn Tage aufhielt. Der Verkauf des Flugzeuges war indessen zur Kenntnis der Kommandantur in Kowno gekommen, und so wurde der Fliegeroffizier auf Veranlassung des kownoer Stadtkommandanten verhaftet und in das dortige Gefängnis gebracht. Mit Hilfe einer namhaften Summe

bestand Porten die Gefängniswärter

und flüchtete mit diesen zusammen nach Königsberg in Preußen, wo er sich im Dezember v. J. mit dem dortigen A. und S.-Mat in Verbindung setzte. Bei der kürzlich erfolgten Einnahme von Königsberg durch Regierungstruppen wurden Porten und die Mitglieder des Königsberger S.-Rates, die Porten unterstützt haben, verhaftet. Es gelang, bei dem Offizier Schriftstücke zu beschlagnahmen, aus denen die Schuld der Beteiligten klar hervortritt. Porten war so unvorsichtig, auch die Korrespondenz mit den Bolschewisten aufzubewahren, aus der hervorgeht, daß Porten mit Hilfe des Königsberger A. und S.-Rates die Stadt Kowno den Bolschewisten übergeben wollte.

Zur Regelung der Ostfragen.

Die Warschauer interalliierte Kommission hatte in Kowno bei ihrem ersten Zusammentreffen mit der deutschen Kommission zur Regelung der Ostfragen unter Hinweis auf die vorgezeichnete Landung polnischer Truppen in Danzig die Zulassung einer größeren alliierten Kommission zur Vorbereitung der Ausschiffung und des Weitertransportes der Truppen verlangt.

Auf diese Forderung hin macht der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in einer Note die Alliierten nochmals dringlich auf die mit Sicherheit zu erwartenden Folgen eines Transportes der polnischen Truppen über Danzig nach Deutschland aufmerksam. Er betont, daß die Landung starker polnischer Kräfte in Danzig zweifellos

den Anlaß zu neuem Blutvergießen

geben würde. Die polnische Minderheit Westpreußens würde die Landung als ein von der Entente beabsichtigtes Zeichen zum Aufstand betrachten. Die alliierten Offiziere, die die Transporte etwa begleiten sollten, könnten dies nicht verhindern. Auch die Lebensmitteltransporte von Danzig nach Polen würden durch die gleichzeitigen Truppentransporte erheblich beeinträchtigt werden. Mit besonderem Nachdruck betonte der deutsche Vorsitzende in der Note, welche schwere Gefährdung der deutschen Ostfront gegenüber den russischen Bolschewisten eintreten würde, wenn die rückwärtigen Verbindungen der deutschen Truppen im Osten gestört würden.

Er schlug daher vor, etwaige Transporte polnischer Truppen in erster Linie über Vibau zu leisten, wo sie überhaupt kein deutsches Gebiet berühren und am schnellsten gegen die russischen Bolschewisten geführt werden könnten. In zweiter Linie kämen die ostpreussischen Häfen Memel und Pillau in Betracht. Da die Alliierten, wie die Note zum Schluß erklärt, den Wunsch hätten, den Ausbruch neuer Feindseligkeiten zwischen Deutschland und Polen zu vermeiden, so müsse deutscherseits eindringlich vor der Benutzung Danzigs als Ausweichhafen gewarnt werden.

General Audant versprach, die deutsche Note sofort nach Paris weiterzugeben.

Zur Landarbeiterfrage.

Unter all den werktätigen, handarbeitenden Ständen steht der Landarbeiter ohne Frage in volkswirtschaftlicher Bedeutung an erster Stelle. Ja, ohne den deutschen Landarbeiter, auch Arbeiterin, ist eine geregelte Wirtschaftsordnung und damit Lebensmöglichkeit einfach undenkbar. So sollte man denn annehmen, dieser bedenkliche Stand hätte die ihm zukommende soziale Stellung längst erreicht. Aber wer das Landleben kennt, weiß, wie groß hier der Abstand von Leistung und Anerkennung ist. Seit Jahrzehnten ist nichts, auch rein gar nichts zur Hebung dieses Standes getan. Weder die Gemeinde, noch Kirchen, noch Staatsbehörde hat je ihre Aufgabe auf diesem Gebiete erkannt. Insbesondere aber es die Schuld der Landwirte, die für ihre Arbeitskräfte, Heuerlinge, Knechte und Mägde

so wenig soziales Interesse bekundet haben, von rühmlichen Ausnahmen abgesehen. Hier liegen auch die tiefsten Ursachen von Landflucht und Landabneigung. Kommt dann noch hinzu die lange Arbeitszeit, der verhältnismäßig niedrige Lohn, die schlechten Wohnräume, die große Abhängigkeit vom Brotherrn, so ist es wohl zu verstehen, wenn zur Landabwanderung auch die Unzufriedenheit in die Kreise der Landarbeiter kam. Gewiß hätte der Landarbeiter längst durch Selbsthilfe seinen Stand heben und seine Lage bessern können. Aber es liegt nicht in seiner Art, durch lautes Aufbegehren hervorzutreten. Bismarck soll einmal gesagt haben: „Artige Kinder schreien nicht, artige Kinder bekommen aber auch nichts.“ Zu diesen „artigen Kindern“ gehörten auch die Landarbeiter und darum gingen sie auch bislang immer leer aus. Nun ist die Revolution wie ein schwerer Dampfzug auch über die Landgemeinden gezogen, Vorrechte und Schranken sind gefallen. Auf diesem so umgestalteten Boden gilt es nun ein Neues zu bauen. Auch die Landarbeiterschaft ist zu dieser Aufgabe mitberufen. Wenn aber etwas Großes erreicht werden soll, so muß auch Großes eingeseht werden, das lehrt die Geschichte der industriellen Arbeiterschaft. Eine festgefügte Organisation mit klaren, erreichbaren Zielen muß geschaffen werden. Der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes muß natürlich Rechnung getragen und die Grenzen, nach göttlicher Ordnung gesetzt, innegehalten werden. Aber innerhalb dieser Grenzen gilt es zu arbeiten und dahin zu streben, dem Stand der deutschen Landarbeiterschaft die ihm gebührende Stellung zu verschaffen. Es muß die Zeit bald kommen, wo neben dem Bund der Landwirte auch der Bund der Landarbeiter seine Interessen machtvoll vertreten kann. Fr. Schreiber.

Dazu möchten wir bemerken, daß der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands, welcher unter Leitung von Franz Behrens, M. d. R., des bekannten christlichen Gewerkschaftsführers steht, tatkräftig an der Arbeit ist, die betr. Berufsschichten zu organisieren. In nächster Zeit wird unsere Zeitung einige Aufsätze bringen, welche das Arbeitsgebiet und die Ziele dieses Verbandes behandeln. D. Red.

Deutsches Reich.

Protest an die Staatsregierung.

Der Vorstand der Deutschen Nationalen Volkspartei hat an das Preussische Staatsministerium folgende Rundgebung gerichtet:

„Die Deutsche Nationalen Volkspartei hat mit Befremden von dem Entschluß des Staatsministeriums Kenntnis genommen, die Preussische Landesversammlung einzuweisen nicht einzuberufen. Wir erheben Einspruch gegen die Fortdauer des geflohenen Zustandes, die dadurch veranlaßt wird. Die rechtswidrige Ausschreibung von Kreistagsneuwahlen und die schweren Bedenken, zu denen die politische Entwicklung der letzten Tage ohnehin Anlaß gibt, erfordern eine baldige Zusammenberufung der Landesversammlung.“

Die auf breiter, demokratischer Grundlage gewählte Landesversammlung hat Anspruch darauf, ihre maßgebenden Entscheidungen über die politische Gestaltung der Dinge in Preußen zu treffen. Die Deutsche Nationalen Volkspartei erhebt schärfsten Protest gegen die anscheinend bestehende Absicht, die rechtlich allein maßgebende Landesversammlung auszuschalten und an ihrer Stelle Entscheidungen durch revolutionäre Organe treffen zu lassen, die der Ausübung der Klassendiktatur einer Minderheit sind.“

Die nächsten Aufgaben

der preussischen Landesversammlung.

Wie die „Dt. Allg. Ztg.“ erfährt, wird sich die preussische Landesversammlung zunächst mit dem Entwurf eines Gesetzes zur vorläufigen Ausübung der Staatsgewalt in Preußen, demnach mit der Wahl eines preussischen Staatspräsidenten befassen. Es ist anzunehmen, daß den Verhandlungen über die genannten beiden Punkte eine Interpellation über die Ostfragen folgen wird.

Ausland.

Die Heimbeförderung kranker deutscher Kriegsgefangener aus England.

Die englische Regierung hat der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa in einer Note die Witterung zugehen lassen, daß die Heimbeförderung der in englischer Gefangenschaft befindlichen schwerverletzten deutschen Heeresangehörigen demnach wieder beginnen werde. Der erste Zug mit deutschen Kriegsgefangenen aus England werde am 17. ds. Mts., ein zweiter Zug am 19. ds. Mts. in Köln eintreffen.

Die Hoffnung der Bolschewisten.

Der Pressebeirat der deutschen Gesandtschaft in Vibau teilt mit:

Bei der Wiedereinnahme Vibaus sind in großen Mengen bolschewistische Flugblätter vorgefunden worden. Darin heißt es u. a.:

„Aus Ostpreußen eilt uns die deutsche Spartakistenarmee zu Hilfe. Kiel, Königsberg und andere Städte Deutschlands befinden sich schon in den Händen der revolutionären deutschen Arbeiterschaft. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem die revolutionären Flammen die ganze Welt erfassen werden, die in allen Staaten mit unerhörter Schnelligkeit zünden, und deren Widerschein in allen Himmelsrichtungen zu sehen ist. Blutige Straßenkämpfe finden nicht nur in Deutschland statt, sondern auch in England, Rumänien, Italien und anderen Staaten. In vielen Städten der Vereinigten Staaten Nordamerikas sind bereits Arbeiterräte gewählt.“

Auch diese Flugblätter erweisen erneut, daß die bolschewistischen Machthaber gar nicht daran denken, an den deutschen Grenzen Halt zu machen, sondern daß der bolschewistische Imperialismus, gefährlicher als jeder andere Imperialismus, mit Demagogie und allen Mitteln nach der Welt Herrschaft strebt.

Abg. Mausebach (Zentrum): Wir müssen Gewicht darauf legen, daß die Siderfesslung der staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen und die Gewissens- und Religionsfreiheit in der Reichsverfassung festgelegt werden. Das Beispiel anderer demokratisch regierter Staaten zeigt, daß bei religiöser Freiheit der Friede der Konfession und die bürgerliche Wohlfahrt am besten gedeihen. Eine Kirchen- und Schulpolitik

Berlin, 11. März. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Weimar: Der unabhängige Abgeordnete Haase hat der Nationalversammlung heute zwei kleine Anfragen eingebracht: Die eine handelt über die rechtslose Verhängung des Standrechts über Berlin. — Die „Vossische Zeitung“ meldet: Reichsfinanzminister Schiffer ist gegenwärtig mit der Vorbereitung und Ausarbeitung der neuen Steuervorlage beschäftigt, die der Nationalversammlung in Weimar in den nächsten Tagen vorgelegt und von ihr vor der Osterpause zum mindesten in erster Lesung beraten werden soll. Das umfangreiche Steuerbündel wird neben einer Vermögenssteuer u. a. eine Tabaks- und Zündholzsteuer enthalten.

Das Jahr 1918 hat die Entwicklung des Deutsch-evangelischen Volksbundes weiter vorwärts geführt. Nach Abzug aller Verluste durch Tod und freiwilligen Austritt darf der Bund ein Reingewachs von 7196 Mitgliedern, 572 ordentlichen und 6629 außerordentlichen, verzeichnen, so daß er mit 62 080 Gesamtmitgliedern in das neue Arbeitsjahr hat eintreten können. Die Zahl der Verbände und Ortsgruppen beträgt — nach Abzug derer, die ihre Tätigkeit haben einstellen müssen — 135 statt 130 beim Beginn des Jahres 1918. Seit dem kritischen Tag des Kriegsausbruches bedeutet diese feste Weiterentwicklung ein Mehr von 14 572, darunter 1903 ordentlichen, Mitgliedern und von 31 Unterverbänden. Es ist vorwärts gegangen — trotz aller Hindernisse und Erschwernisse; und es wird weiter vorwärts gehen. Wenn jemals, dann zeigt sich heute, in der Zeit völligen Zusammenbruchs, wie bitter notwendig eine große

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel.
Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld, Hermann 11, Amt Bielefeld

**Zum Wiederverkauf
an jedermann
geeignete Artikel!**
Hundert- und Bezugsquellen leicht
verkauft. Massen-Artikel jeder A-
finden Sie in dem großen Fachblatt
Das Versand-Haus in Pöfnegg-
Nummer gratis.

**Zu kaufen gesucht National
Kontrollkassen**
Totaladdier- und Mehrzähler-
Barzahlung. Angebote erbeten
u. J. V. 9973 an die Exp. d. St.

Glaub. junger Kaufmann
(25 Jahre) sucht Anstellung in
Brit. Kaufs als Correspondent
Angebote unter F. S. 155 an
die Exped. d. Zeitung.

**Zerrissene Strümpfe,
Wolle, Baumwolle, Seiden-
Stüch werden schnellstens repa-
riert bei**

Dr. Jungblut
Altstädter-Strichstr. 20.

Bourgeoisie
Land aufrecht